

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Ercheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

60. Jahrgang.

Nr. 85.

Dienstag, den 15 April

1913.

Durch § 4 des Gesetzes vom 10 September 1870 über die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier sind an den Sonn-, Fest- und Bußtagen gewöhnliche Pantierungen und Wochenarbeiten im Bereiche der Landwirtschaft und des Gewerbebetriebes, wenn sie außerhalb der Wohnungen, Wirtschaftsgebäude und Gewerberäume stattfinden, **verboten**.

Diese Bestimmung wird vielfach unbeachtet gelassen. Sie wird deshalb hiermit in Erinnerung gebracht mit dem Hinweise, daß Zuwiderhandlungen nach § 366 I des Reichsstrafgesetzbuches mit Geld bis 60 M. oder entsprechender Haft zu bestrafen sind.

Stadttrat Eibenstock, den 11. April 1913.

Dienstag, den 15. April 1913,

nachmittags 2 Uhr

sollen zu Eibenstock 3 Kleiderschränke, 1 Waschkommode, 2 Bettstellen, 4 Nachtschränken, 2 Kommoden, 1 Ecktagere, 1 Sofaumbau, 12 Stühle n. a. m. an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Versteigerungsort: Restauration „Zentralhalle“ hier.

Eibenstock, den 14. April 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Es ist noch nicht aller Tage Abend.

So schnell wie man wünscht, daß die Ereignisse auf dem Balkan ein schnelles Ende nehmen möchten, scheint dies besagte Ende indessen nicht herbeizuführen zu sein. Zunächst ist wieder Herr Nikita das Schmerzenskind. Mit heiliger Entrüstung weist er jetzt den Verdacht zurück, für zwanzig Millionen Francs um Skutari zu schachern. Die „Südwestliche Korrespondenz“ bringt jetzt folgende von maßgebender Stelle der montenegrinischen Regierung abgegebene Erklärung auf amtlichem Wege zur Publikation:

Genève, 12. April. Die Meldungen ausländischer Blätter, daß Montenegro bereit sei, gegen eine Bezahlung von 20 Millionen Francs auf den Besitz von Skutari zu verzichten, sind böswillige Erfindungen. Es würde eine Beleidigung des montenegrinischen Volkes und eine Entehrung der Tausenden vor Skutari Gefallenen sein, eine Geldentschädigung für eine Forderung anzunehmen, die eine Lebensbedingung für Montenegro ist. Ebenso falsch sind die Nachrichten, die im Auslande über eine angebliche Abdankung des Königs verbreitet sind. König Nikolaus war im Lande nie beliebter als jetzt, und eine gewisse Propaganda gegen den König bekräftigt nur seine und seiner Dynastie Stellung im Lande, das sich bemüht ist, daß der Besitz Skutaris weniger eine Frage der Dynastie als eine Existenzfrage des montenegrinischen Volkes bildet. Allerdings steht König Nikolaus vor Skutari jetzt allein auf weiter Flur; denn die Serben machen nicht mehr mit, und nur für den Fall, daß die Türken einen Ausfall riskieren sollten, dürften die serbischen Truppen wieder in Aktion treten.

Wien, 13. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten bestätigt es sich, daß die serbische Regierung dem General Bojowitsch vor Skutari den Befehl erteilt habe, jede weitere Teilnahme an den militärischen Operationen vor Skutari einzustellen, aber nur so lange, als er selbst nicht angegriffen werde.

Eine weitere große Schwierigkeit macht sich jetzt bei der Beuteverteilung geltend. Vornehmlich janzten sich Bulgaren u. Griechen um den Besitz Salonikis. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die beiden Staaten dieses Janapfels wegen noch in die Haare geraten.

Wien, 11. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Nach Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen besteht unter den Mächten die Meinung, Salonik den Griechen zuzusprechen. Bulgarien hält aber an seinen Ansprüchen auf Salonik fest und ist zum Neuerwerb gegenüber Griechenland entschlossen, wenn dies nicht freiwillig verzichtet. Ebenso hält Bulgarien unter Berufung auf den Allianzvertrag gegenüber Serbien alle Ansprüche auf Konstantinopel aufrecht. Es scheint, daß Serbien und Griechenland einander Bulgarien gegenüber in ihren Ansprüchen auf Konstantinopel und Salonik unterstützen.

Wien, 12. April. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Salonik, daß die Bulgaren jortfahren, einen Teil der vor Adrianopel freigebliebenen Truppen nach Makedonien zu bringen. Gleichzeitig gestaltn sich die griechischen Truppenverschiebungen intensiver. Die vierte Division, welche an der Befreiung König Georgs in Athen teilgenommen hatte, ist wieder in Salonik eingezogen und auf die Stadt und Umgebung verteilt worden. Auch die zweite Division soll demnächst in Salonik eintreffen. In den besetzten Gebieten, abgesehen von Epirus, sollen bis auf weiteres acht Divisionen bleiben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Abreise der Gumbeländer aus Homburg v. d. Höhe. Der Herzog und die Herzogin von Cumberland, Prinzessin Olga, sowie Prinz und Prinzessin Ray von Baden sind am Sonnabend um drei Uhr 15 Minuten von Homburg v. d. Höhe nach Karlsruhe abgereist. Die Herrschaften wurden im Automobil zur Bahn geleitet von dem Kaiser, der Kaiserin, dem Prinzen Ernst August, der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Adalbert. Die Verabschiedung war überaus herzlich. Die Herrschaften waren sämtlich in heiterer Stimmung. Noch nachdem die Abreisenden den Zug bestiegen hatten, wurde die Unterhaltung durch die offenen Wagenfenster fortgesetzt. Der Kaiser und der Herzog reichten sich, als der Zug sich schon in Bewegung gesetzt hatte, nochmals die Hand.

Die „Norddeutsche“ über die erste Lesung der Wehrvorlage. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die erste Lesung der Wehrvorlage hat über die prinzipielle Stellung des Reichstages klare Aufschlüsse gegeben. Keine der bürgerlichen Parteien wird die Verantwortung für eine Ablehnung der Wehrforderungen übernehmen. Der Reichstag ist vielmehr bereit, im Verein mit den Verbündeten Regierungen die Verstärkung unserer Armee durchzuführen. Das ist von den Rednern der verschiedenen Parteien schlicht, ernst und ohne Pathos zum Ausdruck gebracht worden, nicht aus einer hoffnungslosen Resignation heraus, wie man es von sozialdemokratischer Seite gern darstellen wollte, sondern in der Erkenntnis einer vaterländischen Notwendigkeit, die frische, tatkräftige Handeln erfordert. Niemand hat dabei die Opfer, die unserem Volke zugemutet werden müssen, leicht genommen. Die Verhandlungen wurden von dem Gedanken beherrscht, daß wir der Zukunft mit ruhigem Gewissen nur entgegengehen können, wenn wir uns so stark machen, als wir es vermögen. Gewiß ist auch manches kritische und abschällige Wort gesprochen worden. Die große Unte der Gesamtaufassung, zu der sich die Parteien mit dem Reichskanzler zusammenschließen, ist dadurch aber nicht verwischt worden. Dies feststellen zu können, ist für jeden Patrioten Genugtuung und Freude.

Zum Unfall der „Württemberg“. Das am Freitag abend festgefahrene ehemalige Schulschiff „Württemberg“ ist am Sonnabend früh halb sechs Uhr mit Hilfe von Schleppern flott geworden.

Die Frage eines Emdener Ausfuhrhafens. Zur erfolgreichen Durchführung des Vertrages mit der preussischen Regierung, welcher das Anlaufen mehrerer Dampferlinien in Emden vorsieht, ist behufs Hebung des Verkehrs der Emdener Industrie für diesen Ausfuhrhafen seitens der Hamburg-Amerika-Linie eine Emdener Verkehrsgesellschaft Akt.-Ges. mit einem Kapital von drei Millionen Mark mit dem Sitz in Emden gegründet worden, in deren Aufsichtsrat außer dem Generaldirektor Ballin auch führende Persönlichkeiten aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie eintreten werden.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage. Die Regierung des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz hat den Ständen die Mitteilung über die Vorlage, betreffend Zusammensetzung des Landtages für das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz, zugehen lassen. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg von unterrichteter Seite erfährt, wird der Landtag bestehen aus fünf Vertretern der Ritterschaft, fünf Vertretern der Landschaft, einem vom Großherzog ernannten Abgeordneten, einem Vertreter des Fürstentums Rügen und zehn gewählten Abgeordneten.

Italien.

Verschlimmerung im Befinden des Papstes. „Osservatore Romano“ veröffentlichte am Sonnabend abend folgendes Bulletin: Der Papst, der am 7. dieses Monats erkrankte, hat einen Rückfall der Influenza mit Anzeichen von Bronchitis erlitten. Das Fieber, das seit drei Tagen gewichen war, ist mit einer Verschlimmerung des Brustkatarrhs wieder aufgetreten. Besorgniserregende Symptome sind nicht vorhanden. (gez.) Marchisava. Amici. — „Tribuna“ meldet: Der Papst wünschte am Sonnabend vormittag, Pilger aus seiner Vaterstadt Riva, wenn auch nur für wenige Minuten, empfangen zu können, aber bald nach zwölf Uhr ging plötzlich ein Frösteln durch seinen ganzen Körper. Dr. Amici stellte fest, daß der Papst etwas Fieber hatte. Er rief hierauf Dr. Marchisava herbei, der sich um zwei Uhr in den Vatikan begab. Wie „Giornale d'Italia“ meldet, stellten die Ärzte einen fieberhaften Zustand und eine Verschlimmerung der charakteristischen Symptome für Bronchitis fest. Dr. Marchisava verließ den Vatikan um drei Uhr nachmittags. Nach dem „Giornale d'Italia“ erreichte das Fieber am Nachmittag 39,2 Grad.

England.

Fürst Lichnowsky beim Lordmajorbankett. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky war am vergangenen Freitag als Ehrengast bei dem Lordmajor-Bankett im Mansionhouse anwesend. Der Botschafter, der lebhaft begrüßt wurde, sollte in einer Tischrede der weltberühmten Gastfreundschaft der Londoner City hohe Anerkennung und erinnerte daran, wie häufig sie in den letzten Jahren gerade Deutschen zuteil geworden sei. Alle Deutschen in London empfanden es, daß zwischen ihrem Vaterlande und den Vertretern der Londoner City ein altes Band aufrichtiger Freundschaft bestehe.

Frau Pankhurst freigelassen. Die Führerin der Frauenstimmrechtsbewegung, Frau Pankhurst, die am 3. April zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist wieder in Freiheit gesetzt worden, da sie die Nahrungsaufnahme verweigerte. (Ein sehr einfaches Mittel, wieder in Freiheit zu kommen, das heißt wenn die englische Justiz sich das bieten läßt. Die schwersten Verbrecher könnten es anwenden, und sie kämen an der wohlverdienten Strafe vorbei.)

Amerika.

Protest der New Yorker Importeure. Im Namen der New Yorker Importeure hat der größte Wollimporteur Vanings einen Protest gegen die Ausführungsbestimmungen der Tarifvorlage ausgearbeitet. Der Protest erklärt die Bestimmungen für tyrannisch und unfair, sie verförperten die Idee des Hochschutzes. In der Washingtoner Ausschussversammlung der demokratischen Kongreßmitglieder wurden bisher alle Anträge, die Tarifvorlage abzuändern, niedergestimmt.

Vertliche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 14. April. Durch eine Verordnung, die das sächsische Kultusministerium an sämtliche höheren Schulen und Bezirkschulinspektionen Sachsens gerichtet hat, ist für den Tag des 25. jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers, den 15. Juni, in sämtlichen Schulen Sachsens eine Schulfeier angeordnet worden. Das Ministerium schreibt: „Am 15. Juni dieses Jahres vollenden sich 25 Jahre seit dem Regierungsantritte Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II. In Gemeinschaft mit ihren Fürsten rüsten sich alle deutschen Stämme, anlässlich dieses vaterlän-